



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

Empfehlung – Die Dekarbonisierung von Wohngebäuden in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarierrat versammelt in seiner Plenarsitzung am 30. Juni 2023 in Mainz,

A. unterstreicht den grenzüberschreitenden Charakter des Wohnungsmarktes in der Großregion, der insbesondere um die beiden funktionalen städtischen Räume herum strukturiert ist, nämlich die grenzüberschreitende Metropole Luxemburg, die insbesondere Nordlothringen, die Region Arlon in Wallonien sowie die Region Trier in Rheinland-Pfalz umfasst, und den Raum Saar-Moselle-Est, der sich um Saarbrücken herum konzentriert,

B. verweist auf die Einzigartigkeit der Großregion als grenzüberschreitende Region mit der höchsten Zahl an Grenzgängern in der EU, die für 2022 auf 267.330 geschätzt wird, wovon 216.490 in Luxemburg tätig sind,

C. berücksichtigt die ausgeprägten Herausforderungen der Wohn- und beruflichen Mobilität sowie der vielfältigen Ströme, die sich aus der starken Integration der Arbeitsmärkte dieses grenzüberschreitenden Lebensraums ergeben,

D. begrüßt die Bemühungen um eine gemeinsame Vision der Raumentwicklung in der Großregion, die insbesondere durch das aus einem INTERREG V-Projekt 2014-2020 hervorgegangene Raumentwicklungskonzept der Großregion getragen wird, das von den Exekutiven der Großregion auf dem Gipfeltreffen unter französischer Präsidentschaft am 31. Januar 2023 verabschiedet wurde,

E. verweist auf die erste und dritte strategische Achse des Raumentwicklungskonzepts der Großregion, d.h. „Transformationsprozesse antizipieren, begleiten und lenken, um in der Lage zu sein, effizient reagieren zu können“ und „Entwicklung dekarbonisierter und resilienter ländlicher und städtischer Räume auf den Weg bringen“,

F. unterstreicht die ökologische Dringlichkeit aufgrund der globalen Erwärmung, deren Ziel der Begrenzung auf 1,5 °C die wichtigste Errungenschaft des Pariser Abkommens von 2015 zur Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels darstellt,

G. verweist auf die Dekarbonisierungsziele, die auf europäischer Ebene festgelegt wurden, insbesondere im Rahmen des europäischen Green Deal und des Plans „Fit for 55“ der Europäischen Kommission, und die darauf abzielen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 % zu senken und bis 2050 CO₂-neutral zu werden,

H. erinnert an die derzeitigen und künftigen Engpässe bei der Energieversorgung, die durch die Elektrifizierung von Branchen, die schrittweise auf verschiedene fossile Energiequellen verzichten, tendenziell an Bedeutung gewinnen,

I. weist auf die große Bedeutung des Gebäudesektors für die Treibhausgasemissionen und den Endenergieverbrauch hin, da auf Gebäude 40 % des Energieverbrauchs in der EU und 36 % der Treibhausgasemissionen entfallen,



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

J. betont den überragenden Charakter der Dekarbonisierung der Branche bei der Bekämpfung der globalen Erwärmung,

K. erinnert an die Notwendigkeit, die Anpassung der Wohnungen und des Gebäudesektors an den Klimawandel mit der (finanziellen und geografischen) Zugänglichkeit von Wohnraum für eine große Zahl von Haushalten in Einklang zu bringen,

L. weist gleichzeitig darauf hin, dass die ärmsten Haushalte aufgrund des zunehmenden Grundstücks- und Spekulationsdrucks in den Grenzgebieten von Energieknappheit und dem erschwerten Zugang zu Wohnraum besonders betroffen sind,

M. begrüßt die regulatorischen und legislativen Entwicklungen in den Ländern der Großregion, die darauf abzielen, die Flächeninanspruchnahme zu begrenzen und den sparsamen Umgang mit Boden, die Energieeffizienz von Wohnungen sowie den Bau von Wohnungen mit geringem Kohlenstoffausstoß zu fördern,

N. führt als Beispiel das Ziel „Netto-Null-Flächenverbrauch“ in Frankreich an, das 2018 aus der nationalen Biodiversitätsstrategie hervorging und vorsieht, einen Zustand des Gleichgewichts zwischen versiegelten Flächen und ihres Ausgleichs durch den Menschen zu erreichen,

O. verweist auf die Schwierigkeit, aufgrund ihrer Abschottung, der bestehenden Unterschiede zwischen den verwendeten Indikatoren und der Lückenhaftigkeit der Daten zum Wohnungswesen im Grenzgebiet, Vergleiche zwischen den Wohnungsmärkten der verschiedenen Gebiete der Großregion anstellen zu können,

P. berücksichtigt die vom LISER erstellte Machbarkeitsstudie über die Zweckmäßigkeit der Einrichtung einer grenzüberschreitenden Beobachtungsstelle für den Wohnungsmarkt in der Großregion,

Q. verweist auf das abgeschlossene INTERREG-Projekt Wohnmonitor der Euregio Maas-Rhein, das auf den Aufbau eines grenzüberschreitend harmonisierten Datenmodells und einer gemeinsamen Informationsplattform für das Dreiländereck (Provinz Limburg, Liège Europe Métropole, Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, StädteRegion Aachen) abzielte,

R. unterstreicht schließlich die Notwendigkeit, die verschiedenen Akteure aus dem Bereich Wohnungswesen in der Großregion zu identifizieren sowie deren Abstimmung, um die Ungleichgewichte zwischen den Gebieten zu begrenzen, die Kenntnisse dieser Gebiete über das Grenzgebiet zu verbessern und die Grundlagen für einen gemeinsamen Ansatz zu schaffen, der es ermöglicht, gemeinsam die ländlichen und städtischen Umgebungen an die neuen ökologischen Anforderungen anzupassen.

S. hält es im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft für zwingend erforderlich, dass Baustoffe weitestgehend so eingesetzt werden, dass sie beim (Teil-) Rückbau von Gebäuden wieder in ihre Ausgangsstoffe, also Rohstoffe, zerlegt und diese hochwertig wiederverwertet werden können.



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

Aufgrund dessen empfiehlt der IPR:

1. die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des Wohnungswesens zu verstärken, um eine bessere Vernetzung zwischen den zuständigen Institutionen und Organisationen zu fördern, den Austausch von Informationen und Daten sowie die Weitergabe bewährter Praktiken zu unterstützen und die Grundlagen für eine Analyse der Merkmale und Entwicklungen des Wohnungsmarktes in der Großregion zu verfeinern,
2. im Bauwesen auf der Ebene der Großregion die Verwendung von CO₂-neutralen, biobasierten und wiederverwendbaren Materialien, die das Potenzial einer lokalen Produktion aus erneuerbaren Ressourcen aufweisen, sowie die Verwendung von kohlenstoffspeichernden Materialien, und im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft nur Baustoffe, die beim (Teil-) Rückbau von Gebäuden wieder in ihre Ausgangsstoffe, also Rohstoffe, zerlegt und diese hochwertig wiederverwertet werden können, in Neubauten zu fördern,
3. mit diesem Ziel die Vernetzung, den Austausch bewährter Verfahren und die Entwicklung gemeinsamer Projekte in den Bereichen Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft nach dem Vorbild des UniGR-CIRKLA-Kompetenzzentrums zu fördern,
4. die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern, indem der Wärmeschutz von Wohngebäuden verbessert wird, der Bau und die Renovierung von Wohnungen mit niedrigem CO₂-Ausstoß intensiviert werden, der Anschluss an CO₂-freie Wärmenetze erleichtert wird, innovative Lösungen für die Dekarbonisierung der Geothermie entwickelt werden und der Einsatz CO₂-freier Energien gefördert wird, die das lokale Energiepotenzial besser berücksichtigen, z. B. im Hinblick auf den Eigenverbrauch,
5. die Notwendigkeit, CO₂-freie Energiequellen im Wohnungsbau zu berücksichtigen, indem die lokale Produktion, Smart Grids und oberflächennahe Geothermie entwickelt werden, um die Energieeffizienz von Geräten zu verbessern und die Nutzung zu reduzieren, indem die Herausforderung einer kohlenstoffarmen Bauweise mit der Herausforderung der sanften Mobilität verknüpft wird (Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, Überlegungen zur Fahrradinfrastruktur und zu Ladestationen für Elektrofahrzeuge),
6. die Energieeffizienz von sozial gefördertem Wohnraum in den verschiedenen Gebieten der Großregion zu verbessern, um die Bevölkerungsgruppen zu schützen, die dem Risiko der energetischen und finanziellen Prekarität in besonderem Maße ausgesetzt sind,
7. den sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu fördern, indem darauf geachtet wird, die Flächenneuanspruchnahme zu begrenzen, indem eine klima- und hitzeresiliente Entwicklung der städtischen Zentren auch mittels Entsiegelung gefördert wird, mit Hilfe von Renovierungsarbeiten an der bestehenden Bausubstanz und der Nutzung von Industrie-, Militär- oder Gewerbebrachen, und indem die Unternutzung der bestehenden Bausubstanz im Zusammenhang mit dem Leerstand von Wohnungen oder Dienstleistungsgebäuden begrenzt wird,



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

8. auf Ebene der Großregion eine Analyse zu erstellen, um den Wohnraumbedarf in den einzelnen Gebieten zu bewerten, die Besonderheiten jeder Wohnform (Ein- oder Mehrfamilienhäuser, Geschosswohnungsbau jeweils in Eigentum oder Miete) zu ermitteln und detaillierte Antworten auf die zuvor identifizierten sozialen, finanziellen und energetischen Probleme zu finden,
9. gemeinsame Indikatoren und Referenzsysteme zu entwickeln, die die Datenerhebung, die Untersuchung der demografischen Entwicklung und der grenzüberschreitenden Ströme sowie der Wohnungsmärkte und ihrer Hauptmerkmale (Immobilienbestand) erleichtern, sowie großregionale Daten zu produzieren, die in eine Datenbank der Großregion eingespeist werden können, was eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung von Vergleichen und Analysen ist, die den verschiedenen Akteuren des Wohnungswesens in der Großregion als Hilfe für öffentliche Entscheidungen dienen können,
10. langfristig eine Branche für CO₂-armes Bauen in der Großregion entstehen zu lassen, indem Innovation und Vernetzung der Akteure (Unternehmen, Industrie, Universitäten, Ausbildungszentren, Wissenschaft, Wettbewerbspole) dieses Sektors gefördert werden;
11. ein spezielles Berufsbildungsprogramm zu entwickeln und/oder zu initiieren, das sich auf die Fähigkeiten konzentriert, die für einen kohlenstoffarmen Wohnungsbau und eine -renovierung erforderlich sind. Dies würde dem zunehmenden Mangel an Bauarbeitern entgegenwirken und die Entwicklung von lokalen Arbeitskräften fördern;

Der IPR schlägt folgendes vor:

1. die Großregion zu einem grenzüberschreitenden Versuchslabor für das Bauen und die sozialverträgliche Renovierung des bestehenden Gebäudebestands zu machen,
2. in diesem Sinne ein Programm zur Dekarbonisierung des Wohnungsbaus in der Großregion einzuführen, um die sozialen, demografischen und ökologischen Herausforderungen gemeinsam anzugehen, um ein Instrument zur Unterstützung der öffentlichen Entscheidungen zur Entwicklung eines CO₂-armen Wohnungsbaus aufzubauen, das auf der Sammlung und Harmonisierung von Daten und dem Aufbau gemeinsamer Indikatoren beruht, die es ermöglichen, Erkenntnisse für den großregionalen Raum zu erstellen,
3. die Akteure, die an der Dekarbonisierung der Baubranche arbeiten, zusammenzubringen, um Synergien und den Austausch von Best Practices zu fördern, zur Entstehung einer grenzüberschreitenden Branche beizutragen und die Bedürfnisse im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau in der Großregion kennenzulernen,
4. das Programm INTERREG VI Großregion 2021-2027 zu nutzen, um über ein INTERREG-Projekt zwischen Akteuren aus der Region Grand Est, Luxemburg, Wallonien, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ein Programm zu initiieren, das der grenzüberschreitenden Beobachtung des Wohnungswesens gewidmet ist, indem ein relevantes Instrument aufgebaut wird, das mit den betreffenden thematischen



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

Prioritäten des Programms in Einklang steht, d.h. mit der strategischen Achse „grünere Großregion“ und dem spezifischen Ziel „Anpassung an den Klimawandel“.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet diese Empfehlung an:

- an die Regierung der Französischen Republik
- an die deutsche Bundesregierung
- an die belgische Bundesregierung
- an die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- an die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz
- an die Landesregierung des Saarlandes
- an die Regierung der Fédération Wallonie-Bruxelles
- an die Regierung der Wallonie
- an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- an die Region Grand Est
- an die Europäische Kommission
- an das Sekretariat des Gipfels der Großregion
- an das Sekretariat des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion (WSAGR)